Herr Pätzold erklärte, dass die antragstellenden Fraktionen keinen Vorwurf an die betreffenden Mitarbeiter der Verwaltung machen wollten. Die Genehmigungsfiktion von einem Monat sei kurz und daher schnell verstrichen. Bei einem aktuellen Fall kürzlich bei einer Buche in Menden habe sich das als äußerst problematisch erwiesen. Die aktuelle Fassung der Satzung stamme aus der Zeit der Jahrtausendwende und bedürfe einer Überarbeitung. Es sei nicht angemessen, Bescheide von Bürgerinnen und Bürgern alleine durch Zeitablauf zu erledigen.

Der Bürgermeister erwiderte, dass er Herrn Pätzold Recht geben würde, dass diese Satzung bzw. dieser Paragraf angepackt werden müsse. Dennoch solle bei der folgenden Beschlussfassung bedacht werden, dass neben der ersatzlosen Streichung des betreffenden Paragraphen es eine Option sei, die Frist zu erhöhen, von einem Monat auf drei Monate.

Herr Kasper führte aus, dass die betreffende Frist aus Sicht der Verwaltung deutlich zu kurz sei und die Kapazitäten im BNU zu gering seien. Es gäbe eine Masse an Anträgen. Aufgrund eines krankheitsbedingten Ausfalls würde die Bearbeitung weiter erschwert. Es würde eine umfassende Satzungsänderung geben unter Berücksichtigung von gesetzlichen Änderungen. Diese umfassende Änderung solle unter Beteiligung der Politik in Arbeitskreisen erfolgen. Im Hinblick auf § 6 Abs. 3 würde die Verwaltung eine Verlängerung der Frist auf drei Monate vorschlagen. Der Ablauf der Frist solle dann unterbrochen werden, wenn die entsprechenden Unterlagen nicht vollständig vorliegen würden.

Herr Metz zeigte sich verwundert, dass es scheinbar so sei, dass der Vollzug der Satzung momentan nicht mehr durchgeführt würde, u. a. aufgrund von Krankheit. Es sei nicht der Sinn, dass die betreffenden Vorgänge standardmäßig durch Fristablauf erledigt würden.

Herr Gleß sagte, dass hier nicht der falsche Eindruck entstehen solle, dass Dinge schlicht unerledigt bleiben würden. Die Kollegin, die dies üblicherweise bearbeite, sei seit einem Jahr krank. Wenn nun entsprechende Vorgänge eingehen würden, würden diese auf die übrigen Mitarbeiter verteilt und im Rahmen der Möglichkeiten bearbeitet. In dem betreffenden Fall sei der Bescheid zwei Tage zu spät eingegangen. Der Antragsgrund sei bei diesem Fall in Menden vor Ort entsprechend intensiv geprüft worden.

Frau Feld-Wielpütz erklärte, dass sie gewisse Sympathien für diesen Antrag habe, sodass ein Fall wie in Menden nicht mehr möglich sei. Dennoch wäre es ein Vorschlag, den Antrag in der nächsten Sitzung des USTA zu beraten, sodass dann mit ausreichend Informationsmaterial durch die Verwaltung beschlossen werden könne.

Herr Knülle erwiderte, dass es das Anliegen der Antragsteller sei, nun zunächst alle Bäume zu schützen und anschließend könnten immer noch Änderungen oder Novellierungen vorgenommen werden. In weiteren Arbeitskreisen könne darüber neu beraten und beschlossen werden.

Herr Lienesch bemerkte im Hinblick auf die Praxis bei Baugenehmigungsverfahren,

dass dies dann zu Verzögerungen führen könnte.